

**Bezugspreis:**  
Wochenblatt. M. monatlich 10.— M.  
frei ins Haus, voraus zahlbar. Ver-  
trag: monatlich 10.— M. einjährig, zu-  
rückzahlbar. Unter Kreuzband für  
Deutschland, Dänien, das Saar- und  
Rheinland, sowie die ehemals deut-  
schen Gebiete Polens, Oesterreich,  
Ungarn und Luxemburg 10.— M. für  
das übrige Ausland 12.— M. Ver-  
sendungen nehmen an Oesterreich,  
Ungarn, Tschecho-Slowakei, Däne-  
mark, Holland, Luxemburg, Schweden  
und die Schweiz.  
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-  
beilage „Voll und Freit“, der Unter-  
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der  
Beilage „Bildung und Kinetograph“  
erscheint wöchentlich zweimal, Son-  
tags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen:  
„Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

**Anzeigenpreis:**  
Das achtspaltige Anzeigenblatt  
kostet 5,50 M. „Kleine Anzeigen“  
das halbspaltige Wort 1,50 M. (un-  
abhängig vom halbspaltigen Wort), jedes  
weiteres Wort 1.— M. Stellungs-  
und Schließzeilenanzeigen das erste  
Wort 1.— M. jedes weitere Wort  
50 Hg. Worte über 15 Buchstaben  
zahlen für zwei Worte. Familien-An-  
zeigen für Abonnenten Preis 1.— M.  
Die Preise verstehen sich einschließlich  
Einsendungsgebühr.  
Anzeigen für die nächste Nummer  
müssen bis 3 Uhr nachmittags im  
Dauerschrift-Bureau 68, Linden-  
straße 3, abgegeben werden. Gedruckt  
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97  
Expedition Moritzplatz 11753-54

Freitag, den 1. Juli 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-  
Abteilung Moritzplatz 11753-54

## Internationale gegen Sanktionen.

Das Exekutivkomitee der Zweiten Internationale tagte am 27. und 28. Juni in London. Deutschland war durch den Genossen Weis vertreten. Aus der Besprechung über die internationale politische Situation ergab sich in bezug auf die Sanktionen folgender Beschluß:

„Das Exekutivkomitee der Zweiten Internationale hat die Lage erörtert, in der die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Alliierten und Deutschland nach Annahme des Ultimatus der Alliierten durch Deutschland verbleiben sind. Es beschließt, die alliierten Regierungen nachdrücklich zur Aufhebung der „Sanktionen“ aufzufordern, die Deutschland auferlegt werden sollten für den Fall, daß es den Londoner Bedingungen der Alliierten die Zustimmung verweigern sollte, während die jetzt gebildete deutsche Regierung sich zur Durchführung von Forderungen verpflichtet hat, die die Alliierten selbst als zufriedenstellend anerkennen. Das Exekutivkomitee kommt zu diesem Beschluß auch aus dem Grunde, weil die beteiligten Völker, solange diese Sanktionen gelten, in die Unmöglichkeit versetzt werden, ihre Finanzen in Ordnung zu bringen und so die internationalen Handelsbeziehungen wiederherzustellen.“

Das Exekutivkomitee beschließt ferner, die parlamentarischen Gruppen der beteiligten Staaten auf die Notwendigkeit schnellen und energischen Handelns hinzuwirken.“

Der deutsche Parteivorstand hatte dem Komitee eine Denkschrift über die Notwendigkeit der Schaffung einer Interparlamentarischen Kommission überreicht, die zu einer eingehenden im allgemeinen zustimmenden Aussprache Veranlassung gab.

### Frieden mit Amerika.

Washington, 1. Juli. (EE.) Der Friedenszustand zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland wird in wenigen Stunden Tatsache sein. Das Repräsentantenhaus nahm gestern die Entschließung vor, an die nunmehr an den Senat gelangt wird. Es ist mit aller Bestimmtheit anzunehmen, daß dieser Senat ebenfalls ohne längere Aussprache annehmen wird und daß die Resolution Sonnabend oder Sonntag in Harding's Händen ist. In ihren Text sind fünf verschiedene Bestimmungen, besonders Verfügungen über das Eigentum der Deutschen in Amerika, aufgenommen worden.

### Abtransport der amerikanischen Besatzung.

Washington, 1. Juli. (EE.) Die amerikanischen Besatzungstruppen werden in der nächsten Zeit vollständig aus Deutschland zurückgezogen werden. Der Präsident hat beschlossen, daß die Truppen unmittelbar nach der Unterzeichnung der Friedensentschließung nach Hause zurückkehren sollen. Die Resolution wird noch vor dem 4. Juli in Kraft treten, worauf dann ein Befehl erlassen werden soll, daß sich die amerikanischen Truppen am Rhein sofort nach Amerika einschiffen sollen. In den Vereinigten Staaten erklärt man, daß nach internationalem Recht diese Truppen nicht länger auf einem Gebiete verbleiben können, das sich mit Amerika im Friedenszustande befindet. Außerdem wird in Regierungskreisen dargelegt, daß kein Anlaß vorliegt, die amerikanischen Truppen am Rhein zu belassen, da Deutschland nunmehr den Beweis erbringe, daß es seinen Verpflichtungen nachkommen wolle. Infolgedessen bestehe kein Anlaß, einen weiteren Vormarsch in deutsches Gebiet anzutreten. Harding hat die englische und französische Regierung von dieser Angelegenheit verständigt, damit diese für Ersatz der amerikanischen Truppen im Gebiete von Koblenz durch andere alliierte Streitkräfte Vorkehrungen treffen können.

### Einigung über Oberschlesien?

Paris, 1. Juli. (EE.) Aus Sosnowice wird gemeldet, daß die Mitglieder der Interalliierten Kommission in Oppeln sich über den Wortlaut des Berichts geeinigt haben, der die Grenzfeststellung in Oberschlesien betrifft. Man hofft, daß dieser Bericht am 10. Juli fertiggestellt sein wird.

### Italienisch-polnischer Zwischenfall.

Kattowice, 30. Juni. (RTB.) In Schichowich im Kreise Kattowice kam es in der letzten Nacht zu einem Zusammenstoß zwischen Italienern und polnischen Insurgenten. Die Italiener waren von den Polen angegriffen worden. Einzelheiten fehlen noch.

Der Abbau des Kupfers des im Kreis Hindenburg geht weiter. Zabarze ist frei von Insurgenten. Die Strohensbahn nach Gleiwitz verkehrt seit heute unbehindert, ohne Kontrolle durch die Insurgenten; nur in den äußeren Stadtvierteln stehen noch Insurgenten.

### Die Entschädigung der Kleinen.

Paris, 1. Juli. (RTB.) Wie „L'empire“ mitteilt, ist nunmehr die Bestimmung getroffen worden, daß von den 6 1/2 Proz. der von Deutschland zu zahlenden Entschädigungssumme, die auf die Kleinsten entfallen, Südbanien allein fünf Prozent erhalten wird.

### Erhöhte Unterstützungssätze.

Im volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages erklärte in der Freitagssitzung Reichsarbeitsminister Dr. Brauns zur Frage der Erwerbslosenfürsorge: Die Regierung will der Geldentwertung und der teils eingetretenen, teils zu erwartenden weiteren Preissteigerung durch eine gewisse Erhöhung der Unterstützungssätze Rechnung tragen. Die Einzelheiten bedürfen noch näherer Prüfung und Erörterung mit den Ländern. Nachdem die Redner der Parteien sich im wesentlichen zustimmend geäußert hatten, wurde beschlossen, der Erklärung der Regierung bezüglich einer Aufbesserung der Unterstützungssätze für die Kurzarbeiter und Erwerbslosen zuzustimmen. Die Deutschnationalen enthielten sich der Stimme, weil sie der Stellungnahme ihrer Fraktion nicht vorgehen wollten.

### Die Prager Arbeiter-Olympiade.

Von einem reichsdeutschen Besucher des großen Prager Arbeiterturnfestes wird uns geschrieben:  
Es war ein Wagnis, das die tschechoslowakischen Arbeiterturnvereine unternahmen, als sie die Olympiade in der alten Hauptstadt der jungen Republik veranstalteten. Nicht nur wegen des Umfangs und der Dauer der Veranstaltung war es ein Wagnis, sondern — und darin liegt seine politische Bedeutung — auch im Hinblick darauf, daß Turner aus allen Ländern, vornehmlich auch aus Deutschland, auf diesen heißen Boden nationalstiller Kämpfe geladen waren.  
Das Wagnis ist gelungen.  
Etwa 130 000 Menschen füllten am Sonntag, den 26. Juni, das gewaltige Stadion auf dem Exerzierplatz der an dem Moldauufer sich erhebenden Höhen nahe dem Hradshin mit der ehrwürdigen alten böhmischen Königsburg, und folgten mit großem Interesse den vorzüglichen Vorführungen von 10 000 Turnern und Turnerinnen aus der ganzen Tschechoslowakei. Besonders Interesse erregten die ausländischen Gruppen, eine belgische und mehrere reichsdeutsche Krieger, die für ihre Leistungen reichen Beifall ernteten.  
Doch nicht im Sportlichen als vielmehr im Politischen liegt der Hauptwert dieser großartigen Arbeiter-Olympiade. Daß sich hier Angehörige der ehemals feindlichen Nationen auf Einladung einer durch den Zusammenbruch der Mittelmächte zu ihrem 500 Jahre langen Habsburger Joche befreiten Nation zum friedlichen Wettstreit zusammenfanden, darin liegt die nicht zu unterschätzende politische Bedeutung dieser Veranstaltung. Der Empfang der deutschen Arbeiterturner in Prag, wo durch die bürgerlichen Sokols und ähnliche Korporationen eine Atmosphäre nationalistischer Verheerung wachgehalten wird, beweist, daß die sozialistischen Arbeiter die erfolgreichsten Pioniere für die Anbahnung der Völkervereinigung sind. Die mit einem Extrazug, den die tschechische Bahnverwaltung bereitwillig gestellt hatte, eintreffenden Deutschen wurden auf dem Bahnhof nicht nur vom deutschen Gesandten, sondern auch von Vertretern tschechischer Behörden herzlich willkommen geheißt und, als sie, deutsche Lieder singend, ihren Einmarsch in die Stadt hielten, von der Bevölkerung freudig begrüßt.

Dieser Vorgang ist nicht ohne symptomatische Bedeutung. Er spricht dafür, daß auch im tschechischen Volke jenes gesunde und berechtigte Nationalgefühl immer mehr Platz greift, das den chauvinistischen Nationalismus ausschließt und dursthaft macht gegen andere Nationen innerhalb und außerhalb der eigenen Grenzpfähle. Das ist für die ferneren Beziehungen zwischen dem deutschen und dem tschechoslowakischen Volke, die wirtschaftlich wie kulturell so stark aufeinander angewiesen sind, von größtem Wert. Daß es sozialistische Arbeitervereine waren, die die erste Brücke schlugen, zeigt erneut, welche kulturfördernde Idee dem Sozialismus innewohnt.  
Bemerkenswert sei so nebenbei noch, daß die nationalistischen Sokols wie die kommunistischen Arbeiterzerpflücker am gleichen Sonntag besondere sportliche Veranstaltungen arrangiert hatten, die indes den gewaltigen Erfolg der großen Arbeiter-Olympiade nicht wesentlich beeinträchtigen konnten.

### Kabinet de Nicola.

Rom, 1. Juli. (EE.) Der italienische Kammerpräsident de Nicola wurde mit der Kabinettsbildung betraut.

Zwischen Deutschland und Polen ist ein Abkommen über Erleichterung des Grenzverkehrs abgeschlossen worden.

Der neue österreichische Gesandte. Morgen nachmittag trifft wie die B. V. N. hören, der neue österreichische Gesandte in Berlin Nibel, bisher Sektionschef im Wiener Handelsministerium, zur Übernahme seines Postens in Berlin ein.

Der Krieg in Kleinasien. Laut „Daily Express“ hat sich die femalistische Regierung auf eine Warnung der Alliierten, die Verlegung der neutralen Zone um Konstantinopel als Kriegsfall anzusehen, bereit erklärt, die Zone zu schließen.

## Ist der Besitz überbürdet?

Von Wilhelm Reil.

Die Frage, wie die Last der Kriegsschädigung auf die verschiedenen Volksschichten verteilt werden soll, heischt baldigste Antwort. Von erheblichem Einfluß ist die Vorfrage, wie die Lasten, die heute schon vom deutschen Volke getragen werden, verteilt sind. Denn vom Grade der Belastung, die die einzelnen Klassen und Schichten des Volkes bereits erfahren haben, hängt es ab, ob man ihnen weitere Lasten zumuten kann.

Seit der Verabschiedung der sogenannten Erzberger'schen Steuergesetze behaupten nun die Vertreter der Besitzinteressen, bei der Besitzbesteuerung sei der Bogen bereits überspannt, von einer noch schärferen Anspannung könne nicht die Rede sein, es müsse vielmehr die bestehende Steuergesetzgebung in der Richtung der Entlastung der besitzenden Schichten geändert werden. Der Wortführer für den Abbau der Besitzbesteuerung, der Abg. Helfferich, hat in seiner Jungfernsrede im Reichstag von der „Zermalmung“ des großen Besitzes durch die Erzberger'sche Steuergesetzgebung gesprochen und deren Milderung für die dringendste Aufgabe des Reichstages erklärt. Herr Helfferich ist seitdem unermüdetlich an der Arbeit, und wenn er auch den erstrebten allgemeinen Abbau nicht zu erreichen vermochte, so hat er doch kleinere und größere Teilerfolge zu verzeichnen. Ein nicht unbeträchtlicher Teilerfolg war z. B. die unter Umgehung des legislativen Weges durchgeführte Verlängerung der Frist für die Inzahlungnahme von Kriegsanleihen zum Nennwert bei Bezahlung des Reichsnotopfers. Auch die Wertbemessung des land- und forstwirtschaftlichen Grundbesitzes bei der Veranlagung des Reichsnotopfers hat unter entscheidender Mitwirkung Helfferich's eine Aenderung erfahren, die die schon im Notopfergesetz der Landwirtschaft gewährten großen Bergünstigungen sehr wesentlich ausweitet.

Herr Helfferich liebt es, in seinem Streben nach weitestgehender Schonung des Besitzes arme Teufel zu seiner Unterstützung heranzuziehen. Er beruft sich auf die „kleinen Leute“, insbesondere auf die Kleinrentner, die von der Last der Besitzsteuern geradezu erdrückt würden.

Nun kann niemand bestreiten, daß die Kleinrentner — als solche gelten heute die Besitzer von Kapitalvermögen, die in die Hunderttausende gehen — die lediglich auf ihre Kapitalrente angewiesen sind, sich in sehr trauriger Lage befinden. Aber nicht die Steuergesetzgebung hat sie in diese Lage gebracht, sondern die Zerrüttung der deutschen Währung. Und da diese Zerrüttung, wie jedes Kind weiß, die unabwendbare Folge der genialen Finanz- und Kriegszielepolitik Helfferich's und seiner Freunde ist, so darf Helfferich den Ruhm in Anspruch nehmen, der Vater der großen Expropriation zu sein, die sich im Zusammenschmelzen des Geldkapitals auf etwa ein Fünftelteil seines früheren Wertes äußert. Wenn Herr Helfferich sich trotz dieser Tatsachen als Anwalt der unglücklichen Kleinrentner empfiehlt, so beweist er damit nur, daß sein Seelenzustand durch politische Strupel nicht belastet ist.

Der Steuergesetzgebung kann höchstens zum Vorwurf gemacht werden, daß sie, da sie den großen Wertverluste abheben, die wir erlebt haben, nicht gefolgt ist, das Elend der Kleinrentner noch verschärft hat. Zu diesem Vorwurf ist aber wiederum Herr Helfferich nicht berufen. Denn sein Verschulden ist es in erster Linie, daß es bei Beendigung des Krieges in Deutschland an einem Steuersystem und einer Steuerverwaltung fehlte, die nach dem englischen Vorbild der Reichsliste sofort die großen Mittel zuführten, die sie brauchte. Was Helfferich als Schatz- und als Vizekönigler sträflich verbasst hatte, das mußte jetzt erst nachgeholt, es mußte ein völlig neues Steuergebäude aufgerichtet werden. Unter dieser durch Helfferich's Schuld sehr verspätet erfüllten Aufgabe mußte die andere Aufgabe, die Steuergesetzgebung den großen und raschen Verschiebungen in den Einkommens- und Vermögensverhältnissen anzupassen, Not leiden.

Auch die Steuer- und Wirtschaftspolitik, die Herr Helfferich heute betreibt, dient nicht zur Milderung der Notlage der Kleinrentner. Die Erfüllung aller Profitwünsche der Agrarier, die Steigerung des Brotpreises, die eifrige Befürwortung einer Verschärfung der Zuckersteuer und weiterer großer Verbrauchssteuern, und der zöbe Kampf für die Schonung auch des tragfähigsten Besitzes, der von allen bisherigen Belastungen fast unberührt geblieben ist, das sind nicht die Mittel, mit denen dem hungernden Kleinrentner geholfen werden kann.

Genau wie der Lohn- und Gehaltsempfänger, so leidet auch der Kleinrentner unter den Verbrauchssteuern, die ihm Nahrung, Kleidung und alles, was er zum Leben braucht, verteuern.

Hat sich nun das Verhältnis dre Besitz- und Verbrauchsbesteuerung im Vergleich mit der Vorkriegszeit zu Lasten des Besitzes verschoben? Keineswegs! Eher umgekehrt zu Lasten der Verbraucher! Gerloff hat in seiner Denkschrift über die steuerliche Belastung in Deutschland während der letzten Kriegsjahre berechnet, daß im Jahre 1913 von insgesamt 4985 Millionen Mark Steuereinnahmen des Reichs, der Bundesstaaten, Provinzen, Kreise und Gemeinden 2859 Millio-



ren gleich 57,4 Proz. auf direkte Steuern einschließlich Reichs-  
stempelsteuern und Erbschaftsteuer entfielen. Vergleichend wird  
damit das Steueraufkommen des Jahres 1920, so ergibt sich  
folgendes: Die gesamten Steuereinnahmen des Reichs im  
Jahre 1920 betragen 46 102 148 425 Mark. Davon entfielen  
auf direkte Steuern einschließlich Reichsstempelsteuern und Erbschaftssteuer 27 032 448 215 Mark. Hinzu kommen die Steuer-  
einnahmen der Länder und Gemeinden, die sich nach ihren  
Voranschlägen für 1920 nach Abzug der Ueberweisungen vom  
Reich auf 6021 Millionen belaufen. Schätzt man mit An-  
spruch den Ertrag der direkten Steuern der Länder und Ge-  
meinden auf fünf Sechstel ihrer gesamten Steuereinnahmen,  
so sehr hoch geschätzt sein dürfte, so entfallen rund 5000  
Millionen Länder- und Gemeindeeinnahmen auf direkte  
Steuern. Von der gesamten Steuereinnahme des Reichs, der  
Länder und Gemeinden im Betrage von 52 123 148 425 Mark  
entfallen hiernach 32 032 448 215 Mark gleich 61,4 Proz. auf  
direkte Steuern. Danach scheint es so, als ob sich der Anteil  
der direkten Steuern am gesamten Steueraufkommen von 1913  
bis 1920 um 4 Proz. erhöht hätte. Man übersehe aber folgende  
Tatsachen nicht.

Erstens befinden sich unter den direkten Steuern im Jahre  
1920 eine Reihe einmaliger Steuern, zum Teil rück-  
ständige aus früheren Jahren, während im Jahre 1913 nur  
mit Dauersteuern zu rechnen war. Nicht weniger als 14,5  
Milliarden entfallen auf diese einmaligen Abgaben.

Zweitens ist ein erheblicher Teil dieser einmaligen Steu-  
ern nicht in bar, sondern in Kriegsanleihe bezahlt  
worden, die zum Nennwert statt zum Kurswert angenommen  
wird. In welchem Maße das geschehen ist, ergibt sich aus der  
Tatsache, daß sich die Reichsschuldverschreibungen in der Zeit  
vom 30. September 1920 bis 31. Mai 1921 um nicht weniger  
als 7554 Millionen vermindert haben, was in der Hauptsache  
auf die Steuerzahlung mittels Kriegsanleihe, zu einem kleinen  
Teil auf die Bezahlung von Heeresgut mit Kriegsanleihe zu-  
rückzuführen ist.

Drittens sind die direkten Steuern nicht ohne weiteres  
Besitzsteuern. Sie sind es heute in weit geringerem Maße  
als 1913. Von den großen Erträgen der heutigen Einkommen-  
steuer wird heute mit Hilfe des Steuerabzugs ein viel größerer  
prozentualer Anteil von den Besitzlosen aufgebracht als 1913.

Berücksichtigt man das alles, so kommt man zu dem Er-  
gebnis, daß die Verteilung der Steuerlasten sich eher zum  
Vorteil als zum Nachteil des Besitzes verschoben hat. Dabei  
ist die Frage noch unbeantwortet, in welchem Maße die Besitz-  
steuern abgemäßt werden. Es hat keine Zeit gegeben, in  
der die Umwälzung der dem Besitz zugedachten direkten Steuern  
auf die Verbraucher leichter möglich war, als die letzten Jahre  
mit ihrer Warenknappheit. Im voraus, ehe noch die Steuern  
erhoben waren, wurden sie durch Preisaufschläge doppelt und  
dreifach wieder hereingebracht. Die Steuern vom Vermögens-  
zuwachs und vom Vermögensbestand wurden bestenfalls be-  
zogen nach Goldwertigkeiten, bezahlt wurden sie in Papier,  
abgewälzt in der Höhe des Mehrfachen des hingegebenen  
Papierbetrages. Bei der Veranlagung des Reichsnotopfers  
erreicht die Wertbemessung beim landwirtschaftlichen Grund-  
besitz im Durchschnitt nicht einmal den heutigen Goldwert, der,  
gemessen am Dollar, etwa das Doppelte des Wertes  
der Vorkriegszeit darstellt. Die Verkaufspreise für  
landwirtschaftliche Erzeugnisse aber erreichen mit weniger Aus-  
nahmen das Fünf- bis Zwanzigfache der Preise der Vor-  
kriegszeit. Ähnlich steht es mit der Belastung und Um-  
wälzung bei den Steuerobjekten in Industrie und Handel. Die  
Verbraucher haben also die Besitzsteuern zu einem großen Teil  
mitzutragen. Die Lebenshaltung weiser Kreise des Besitzes  
liefert den Beleg dafür.

Hinzu kommt, daß große Vermögenswerte teils gefehlich  
von der Besteuerung befreit worden sind, wie z. B. der  
kostbarste Hausrat beim Notopfer, teils sich der Besteuerung  
entzogen haben, wie Neuanstellungen in teuren Kleidern,  
Kunstgegenständen, Gold, Silber, Juwelen usw., die die Steuer-  
behörde nicht sieht und nicht erfährt.

Der Besitz in seiner Gesamtheit ist nicht überbürdet.  
Schonung verdient der kleine und mittlere Besitz in reinem

Papiervermögen. Der Besitz an Realwerten aber  
ist bisher in einem Maße gesichert worden, von  
dem die breite Masse unseres Volkes kaum  
eine zutreffende Vorstellung hat. Es muß daher,  
wenn demnächst dem deutschen Volke die Lasten der Kriegs-  
entschädigung aufgeladen werden müssen, nach Steuerformen  
gesucht werden, die es den Besitzern der Realvermögen un mög-  
lich machen, sich den Verpflichtungen zu entziehen, die sie er-  
füllen müssen, wenn Deutschland bestehen bleiben soll.

## Saboteure der Demokratie.

Um die angebliche Schlichtigkeit der Demokratie zu beweisen,  
wenden die Kommunisten ein seltsames Mittel an: sie trampeln so-  
lange auf jedem Freiheitsrecht herum, bis sie es zertrampelt  
haben. Sie handeln etwa wie ein Mann, der, um die Winder-  
wertigkeit eines Automobils zu demonstrieren, damit rasend gegen  
eine Mauer fährt und dann höhnt: „Das ist euer vielgerühmtes  
Automobil. Die Zylinder sind gesprungen, die Radspeichen ge-  
brochen, die Karosserie verbogen. Das Automobil taugt also nichts.“

So fahren auch die Kommunisten mit der Demokratie gegen  
die Mauer, und wenn dann etwas entzwei geht, dann ist beiseite  
nicht die Unerkunst der Kommunisten, sondern die Schlichtigkeit  
der Demokratie erwiesen. Die weitgehenden Freiheitsrechte des  
Parlamentes haben die Kommunisten benutzt, um durch die wüsten  
Standalzen die Arbeiterparlamente überhaupt zu sabotieren.  
Die Brüggelene im Reichstag, das Trillerpfeifenkonzert im Landtag  
sind unvergessen. Gewöhnliche Standalzen und wüste Schimpf-  
ereien sind so häufig, daß sie in der Presse kaum noch notiert werden.

Die natürliche Folgewirkung ist, daß jetzt im Reichstag und  
Landtag Venderungen der Geschäftsordnung beraten werden, um  
die Arbeitsfähigkeit der Parlamente zu ermöglichen. Während die  
Sozialdemokratie sich in ihren Vorträgen auf Vorschlag solcher  
Mittel beschränkt, die seit jeher als parlamentarische üblich gelten  
und in keiner Weise die Freiheit des Parlamentes antasten, gehen  
die bürgerlichen Mehrheiten viel weiter. Sie sind sogar bereit,  
zwecks Verschärfung der parlamentarischen Ordnungsmittel die  
Verfassung abzuändern.

Was tun demgegenüber die Kommunisten? Im Geschäfts-  
ordnungsausschuß des Landtags erklärte der Abg. Pies, so  
wenig man durch Todesstrafe und Zuchthäuser den Mord aus der  
Welt schaffen werde, so wenig werde man die Kommunisten durch  
Strafbestimmungen verhindern, die von ihnen erstrebte Lahm-  
legung der Parlamente durchzuführen. Die Strafbestimmungen  
würden die Störungen von kommunistischer Seite nur noch steigern.

Natürlich wurde das von den bürgerlichen Rednern sofort auf-  
gegriffen. Das offene Bekenntnis Pies, daß die Kommunisten  
das Parlament lahmlegen wollen, wurde sofort als Argument  
herangezogen, nun mit allen Mitteln die weitgehendsten Sicherun-  
gen gegen solche Lahmung zu schaffen.

Seht die bürgerliche Mehrheit ihren Willen durch, dann wer-  
den die Kommunisten wieder heulen: „Seht, das ist die Demokratie.“  
In Wirklichkeit ist es die Folge der kommunistischen Zertramp-  
lungspolitik. Das ist das unglaubliche Verbrechen der Kom-  
munisten: In ihrer Sucht, die Schlichtigkeit der Demokratie be-  
weisen zu müssen, zerstören sie selber mit Wollust jedes demo-  
kratische Freiheitsrecht. Aber das Volk soll dann auch erkennen, daß  
die Kommunisten selbst die Hauptschuldigen an der Zerstörung sind.

## Kampf gegen die Führergruppen.

Dem Kongreß der dritten Internationale in Moskau liegen,  
wie die „Rote Fahne“ mitteilt, Thesen vor, die von der russischen  
und deutschen Delegation Bukharin, Sinowjew, Kadel, Brauntal,  
Fröhlich, Hedert, Thalheimer eingebracht sind und als Ganzes  
einen Abschnitt über den „Kampf gegen verkappte zen-  
tristische Führergruppen“ enthalten. Der Charakter  
dieser Gruppen wird in der Resolution dadurch gekennzeichnet, daß  
sie sich „nur auf Agitation und Propaganda beschränken  
und folglich nicht imstande sind, die Führung mit den kämpfen-  
den Teilen des Proletariats zu geminnen“. Aus dieser Formu-  
lierung geht hervor, daß für die Kommunisten das Wort „kämpfen“  
nur noch im Heugabelsinne gilt.

Besonders fieslich wird die Gruppe Levi verurteilt, der es be-  
reits als Disziplinbruch angerechnet wird, daß sie „aus der Zentrale  
der KPD eigenmächtig austrat“. Das ist der Gipfel-  
punkt kommunistischer Gewissensfreiheit. Wenn ein Kommunist in  
führender Stellung die Politik seiner Partei nicht verantworten zu  
können glaubt und deshalb sein Amt niederlegt, so wird ihm das  
als Disziplinbruch angesehen. Danach verlangt die KPD,  
von ihren Führern, daß sie auch gegen bessere Ueber-  
zeugung alles mitmachen, was ihnen geheißen wird. Auf der  
anderen Seite bedeutet diese Rüge, daß die KPD sich lieber von  
Leuten führen läßt, die innerlich an den Erfolg der Sache nicht  
glauben, als daß sie diesen Leuten den Rücktritt von ihren  
Posten gestattet!

Im übrigen wird Levi und den Seinen nichts von dem ge-  
wöhnlichen Schimpfwörterhagel erspart. „Verrat“, „in den Rücken  
fallen“ sind die mildesten Anklagepunkte. Die KPD hat einmal  
wieder viel zu kämpfen. Sie hat den Kampf gegen die Sozia-  
listen zu organisieren, dazu den Kampf gegen die Gewerks-  
chaften, sie hat die arbeitslosen Proletarier gegen die  
Arbeitenden zu hegen, die Unorganisierten gegen die  
Organisierten. Dabei muß sie sich auch noch selber von  
„zentristischen Führergruppen“ reinigen, die „Gewerks-  
schaftsborzen“ aus ihren Reihen ausschließen, — kein Wan-  
der, wenn bei dieser Fülle der Aufgaben zum Kampf gegen den  
Kapitalismus keine Zeit mehr bleibt.

## Kleinkrieg mit Doehner.

München, 1. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die  
Verbreitung des von Doehner verbotenen sozialdemokratischen Flug-  
blatts „Bayern wach auf!“ nimmt trotz aller Polizeischikanen ihren  
Fortschritt. Es wirkt fast komisch, wie die Sektionsstolze und Sek-  
tionsführerwohnungen durchstöbert, Bilder von den Bänden ge-  
nommen und Betten und Matratzen durchsucht werden, wie die  
tätigen Genossen das heiß umkämpfte Flugblatt in Körben, Rast-  
krügen und Karttaschen aus den heimlichen Verteilungsstellen holen  
müssen, um dem Doehner-Regiment ein Schlupfloch zu schlagen!

Die Polizei rechtfertigt in den „Münchener Neuesten Nachrichten“  
ihre vormärzlichen Zwangsmaßnahmen mit der Angabe, daß von  
50 000 Stück nur 6000 Stück beschlagnahmt werden konnten. Zu  
weichen drakonischen Mitteln wird sie nun wohl greifen, wenn sie  
erfährt, daß sie zu der von ihr angenommenen Aufgehöhe, die  
bereits im ganzen Lande verbreitet ist, noch eine Null an-  
fügen muß? Wird sie da wohl wieder zu Panzerautos und  
Maschinengewehren greifen?

Im Kommunistenprozeß wurde nach neun Tagen gründlicher  
Vernehmung die Beweisaufnahme geschlossen. Der Staatsanwalt  
leitete seine Rede mit einer ausführlichen Darstellung des mittel-  
deutschen Kommunismustausstandes ein und bemühte sich nach Mög-  
lichkeit, die scheußlichen kommunistischen Kampfmethoden in den Vorder-  
grund zu rücken, um die Fällung eines echt bayerischen Volks-  
gerichtsurlaubs gründlich vorzubereiten. Er beantragte Frei-  
heitsstrafen von 2 Monaten bis zu 5 Jahren Zuchthaus und von  
1 bis 5 Jahren Festung. Die Verteidigung wies darauf hin, daß  
die kommunistische Idee wieder einmal brave und fleißige Arbeiter  
ohne ihre Schuld ins Unglück gestürzt habe.

In Bayern müssen sich bekanntlich nicht nur Ausländer,  
sondern auch nicht bayerische Reichsdeutsche binnen zwei  
Stunden nach ihrer Ankunft bei der Polizei melden. Die bape-  
rische Regierung stützt diese Bestimmung auf den Staatsvertrag vom  
November 1870 über den Beitritt Bayerns zum Reich und auf die  
damals getroffene Abmachung, daß Bayern bei der Gestaltung seines  
Staatrechtszustandes vollkommen frei sei. Diesen Standpunkt der  
bayerischen Regierung hat das Reichsjustizministerium in  
einem Gutachten, welches vor Inkrafttreten der neuen Reichs-  
verfassung abgegeben worden ist, gebilligt. Nach der Auf-  
fassung der bayerischen Regierung, die sich auf Artikel 178,3 der neuen  
Reichsverfassung beruft, steht die Reichsverfassung der bayerischen  
Sonderregelung nicht entgegen, und das oberste Landesgericht in  
München hat am 2. Dezember 1920 im gleichen Sinne entschieden.  
Im Hinblick auf eine Reihe unerwünschter Rückwirkungen nach  
innen und außen prüft die Reichsregierung zurzeit erneut, inwieweit  
die bayerischen Sondermaßnahmen mit der Reichsverfassung  
vereinbar sind.

dem emporheben. Aber die also vernachlässigten Gedanken, die von  
dem wachen Menschen beiseite geschoben werden, nehmen ihre  
Rache. Während diejenigen Einsätze, mit denen wir uns bei Tage  
beschäftigen, ihre Kraft verlieren, behalten die nicht beachteten Ge-  
danken ihre ganze Energie, und dadurch besitzen sie die Kraft, sich  
während des Traumes in unsere Vorstellungen einzuschleichen und  
dort zu entfalten. Die neue Theorie gibt also ein gutes Mittel in  
die Hand, wenn man von einer bestimmten Sache nicht träumen  
will. Nach Delage braucht man nichts weiter zu tun, als vor dem  
Einschlafen ausgiebig daran zu denken. Dann wird diese Vor-  
stellung geschwächt und besitzt nicht mehr die Kraft, während des  
Schlafes uns zu belästigen. Auf diese Weise wird die Erscheinung  
erklärt, daß die Ideen, die uns während des Tages interessiert  
haben, meistens im Traum nicht wiederkommen. Was im Traume  
herrscht, das sind die tausend Nichtigkeiten des Lebens, die zurück-  
gebrängt waren, weil wir Besseres zu tun haben als uns mit ihnen  
zu beschäftigen. Daher kommt es auch, daß der kluge und gebildete  
Mensch ebenso narrrisches und banales Zeug träumt wie der Dum-  
mkopf. Nun kommt es freilich auch vor, daß die Ideen, die einen im  
Wachen beschäftigten, im Schlafe wiederkehren. Aber dann  
haben sie eben nach der Annahme des französischen Gelehrten noch  
genug Kraft behalten, um über die verdrängten Gedanken zu siegen  
und sie an ihrem Aufstraten zu hindern.

So wenig man auch in dieser Hypothese eine endgültige Er-  
klärung des Traumes wird sehen können, so bietet sie doch eine  
Grundlage für die Ausdeutung vieler Traumercheinungen und gibt  
Delage Gelegenheit, das Seelenleben während des Schlafes zu  
erforschen.

Eine Reorganisation der Drebbener Staatstheater ist zwischen  
Staat und Stadt vereinbart worden. Das Kultusministerium bleibt das  
geschäftsführende Ministerium, doch erfolgt künftig die Ausstattung des  
Hausbaldolones für die Staatstheater, die Besetzung der leitenden Stellen  
wird gemeinsam durch Kultusministerium, Finanzministerium und Ober-  
bürgermeister. Die gesamte Leitung der Oper und des Schauspielers wird  
einem Intendanten übertragen, unter dem ein Generalmusikdirektor und  
Schauspielbirektor wirken sollen. Direktor Scheibemann! scheidet in der  
nächsten Spielzeit aus.

Die „Hedermantel“ in der Volksbühne. „Die Hedermantel“ gelangt  
unter der Sommerdirektion am Sonntag in der Volksbühne zum ersten  
Male zur Aufführung.

Neue Dramen. Direktor Karmowski vom Lessingtheater hat die  
neue Bühnenscheidung Georg Kaiser's, das Drama „Noli me tangere“,  
zur Aufführung erworben.

Ein neues Volkstheater soll in Leipzig am 2. Juli zunächst in  
binnen Theateraal eröffnet werden. Die Leitung haben Rag Samt von  
er Chemnitzer Volkstheater und Genosse Dr. Ekelom.

Die Würzburger Reviden, einer der großartigsten Barockbauten  
Deutschlands, ist jetzt dem öffentlichen Besuche freigegeben worden. Eine  
Ausstellung der Pläne Baldolph Neumanns, in dem man bis vor kurzem  
den Schöpfer des Schlosses sah, wurde gleichzeitig eröffnet. Einige Revi-  
dume sollen die neuere Kunst von Würzburg zeigen. Die Pläne, die  
besonders die von Tiepolo ausgemalten, bleiben unangeändert.

Prof. Otto Seck, der durch seine fünfbandige „Geschichte des Unter-  
gangs der antiken Welt“ bekannte Professor für alte Geschichte an der  
Universität in Bonn, ist im Alter von 71 Jahren gestorben.

## Die Lakaien des Königtums.

Man staunt: Noch immer werden die einst königlichen  
Schlösser von Händlern umlagert, die ihre Kaiser- und Kron-  
prinzenbilder an den Mann bringen. Es ist anzunehmen, daß das  
Geschäft geht. Denn die Bilderhandlungen werden an jeder Ecke  
von einem halben Dutzend wohlhabender Leute betrieben, die sich  
gemäßlich breit machen. Diese Händler mit Kaiserbildern und allem  
anderen Majestätenplunder sind die treuen Pfleger des Altens. Sie  
sind die unermüdeten preisenden Herolde der Vergangenheit.

Man tritt ins Innere dieser Schlösser und Paläste und man  
staunt. Der Mann, der das riesige Schlüsselbund trägt, und über  
die Filzpantoffeln gebietet, ist ein Verteidiger der guten alten könig-  
lichen Zeit. Offen und heimlich. Er macht sich im Stillen darüber  
lustig, daß der Staat die ehemals königlichen Möbel, Bilder, Tap-  
piche, Statuen und Kristallkrone für sich beansprucht. Er schwört  
Stein und Bein, daß der verjagte Herr alles das aus seiner eigenen  
Tasche bezahlt hat. Er lächelt wie einer, der es ganz in der Ordnung  
findet, daß ein Bekrönter herrlich hauste, und daß Millionen nicht  
Bekrönter die Herrlichkeiten unterhalten.

Die Reugierigen, die zu alledem pilgern, tun es unbedachtig und  
ergriffen. Sie vergessen ihr Republikanertum, wenn sie vor einem  
einmaligen königlichen Wappenstein stehen. Sie werden von Feierlich-  
keit ergriffen, da sie vor einem einmaligen königlichen Dominostück  
träumen. Ihre einzige Genugtuung dabei ist, daß sie ihre Nase in  
ein Stück Lebensgewöhnlichkeit dieses oder jenes verjagten Prinz-  
leins hineinstecken können. Hier verlobte sich Prinz I, hier wurde  
Prinzessin II getraut. . . Das allein lebt weiter.

Die Händler vor dem Schloßgitter, die Wächter und Führer im  
Innern tun so, als wenn all diese Vergangenheit nur eine Dummheit  
gewesen wäre. Sie locken den Reugierigen die Empörung über die  
Vergangenheit mit Nichtworten und mit königlichen Wappensteinen  
und gutem und schlechtem Königsplunder aus dem Gemissen. Sie  
sind gutmütige, auf Verdienst und Trinkgeld erpichte Lobredner der  
Vergangenheit. Sie sind die Geheimboten von Schloß Doorn und  
Wieringen, vielleicht ohne daß sie es wollen; aber sie leben davon,  
und sie lassen darum nicht davon.

Die Männer, die dieses ehemals königliche Eigentum heut ver-  
walten und haustragen sind, vor dem unerfüllten Ansehungsappetit  
der außerhalb der deutschen Grenzpfähle hausenden Herrschaften die  
vom Staat allein bezahlten Möbel und Kunstschätze zu behüten,  
scheinen sehr wenig von der wahren Bedeutung ihrer Unterbeamten  
zu wissen. Es wird auch hier weiter in unverfälschter Standhaftigkeit  
Verwaltung der neuen Zeit und Verhimmelung der alten getrieben.  
Die Republik lebt kaum. Das Kaiserthum und Königtum ist für alle  
diese Leute aber noch nicht tot.

Die Sommerpielzeit im Schillertheater wurde mit dem Schwan  
„Reine Frau — das Fräulein“ von Hellmut Zerlett  
(Musik von H. Beutien) eröffnet. Die mit gefälligen Gesangs-  
und Tanzszenen ausgefüllten Szenen erzielten unbedingten  
Heiterkeitserfolg. Auf der Bühne wie im Publikum herrschte  
animierte Stimmung. Nach dem Mittelakte gab's eine Art fest-  
licher Ovation; Darsteller, Verfasser und Komponist sowie was  
sonst irgendwie am Potpourri des Ganges beteiligt war, drängten  
sich auf dem in einen Blumenladen umgewandelten Podium. Zu  
einem richtigen Schwanz reichelten die Einfälle gewiß nicht hin,  
wohl aber zu dem Zweck, Vorwand und Rahmen für ein buntes  
Varieté zu geben. Wenn es stotzte, setzten Tanz und Couplet recht-  
zeitig ein. Sehr amüsan in seinem trockenen Humor gab Willy  
Meyer-Sandten das verheiratete Malergenie, das bei einem  
nicht viel erfolgreicherem Kollegen die Pflichten einer Kinderfrau  
und Kochmamsell verlehrt und als seines Freundes junges Fräulein,  
Gesellschaftsfräulein bei einem Grafen und heiratslustigen Witwer  
wird, dort eine Gastrolle als ihr Onkel abspielte. Eise Böttcher  
sang und tanzte das vielumworbene Fräulein Frau, das nach ge-  
schäftlichen Verlobungsabenteuern vergnügt zu dem leichtsinnigen Ge-  
hepions zurückkehrt, mit klotter Berse. Sie wurde von dem anderen  
Bärchen, von Fräulein Virto, dem gräßlichen Badfisch, und von  
dem Verfasser, der deren spindebürren gelehrten Bräutigam spielte,  
glücklich unterstügt.

Klimsch's „Flora“. Auf dem Steinplatz in Charlottenburg  
wurde die Bronzefigur von Fritz Klimsch aufgestellt, für die die Stadt  
dem Künstler den Auftrag erteilt hatte. Klimsch, der in der Wahl der  
Darstellung völlige Freiheit erhielt, schuf eine „Flora“, die auf dem  
Platz gegenüber der Kunsthochschule steht. Klimsch's doppel-lebens-  
große Frauenfigur steht auf dem Blumenrondell in der Platzmitte,  
in der Hauptansicht der Kunsthochschule zugekehrt und von hier aus  
in der Doffnung der Garmer Straße erscheinend. Die schlank Bron-  
ze wird von einem mannhohen dreieckigen Sockel getragen, ihre reiz-  
volle Bemalung bietet eine Fülle von Ansichten, entsprechend den  
von allen Seiten auf den Steinplatz einmündenden Straßen. Die  
Götin erscheint, den einen Fuß auf ein schlankes Füllhorn setzend,  
in leichtem Särclein. Im rechten Arm bietet sie eine Schale. Ihre  
Formen verhält ein amazonenhaft kurzes kleines Röschchen, das über  
eine Schulter befestigt ist. Der Kopf hat herbe jungfräuliche Schön-  
heit. Die Flora zeigt den Schöpfer des einst viel umstrittenen Mädch-  
Birkow-Denkmal's auf dem Berliner Karlyplatz von einer anderen,  
von der anmutigen Scile seines Schaffens.

Eine neue Theorie des Traumes. Eine häufig gemachte Beob-  
achtung ist es, daß unsere Träume sich oft mit den allersehrstigen-  
sten und gewöhnlichsten Dingen beschäftigen, die uns im wachen  
Zustand gar nicht interessieren. Eine Erklärung dieser Erscheinung  
bietet der französische Gelehrte Yves Delage in einer Studie über  
den Traum, in der er eine neue Theorie der Traumvorgänge auf-  
stellt. Wenn unsere Eindrücke und Erlebnisse des Wachzustandes die  
Quelle unserer Träume sind, führt Delage aus, so muß sich eine  
Auswahl unter ihnen vollziehen. Im wachen Zustande verdrängen  
wir diejenigen Gedanken, mit denen wir beschäftigt sind, nicht der  
Nähe lohnt, während wir die anderen wichtigen in unser Bewußt-

sein emporheben. Aber die also vernachlässigten Gedanken, die von  
dem wachen Menschen beiseite geschoben werden, nehmen ihre  
Rache. Während diejenigen Einsätze, mit denen wir uns bei Tage  
beschäftigen, ihre Kraft verlieren, behalten die nicht beachteten Ge-  
danken ihre ganze Energie, und dadurch besitzen sie die Kraft, sich  
während des Traumes in unsere Vorstellungen einzuschleichen und  
dort zu entfalten. Die neue Theorie gibt also ein gutes Mittel in  
die Hand, wenn man von einer bestimmten Sache nicht träumen  
will. Nach Delage braucht man nichts weiter zu tun, als vor dem  
Einschlafen ausgiebig daran zu denken. Dann wird diese Vor-  
stellung geschwächt und besitzt nicht mehr die Kraft, während des  
Schlafes uns zu belästigen. Auf diese Weise wird die Erscheinung  
erklärt, daß die Ideen, die uns während des Tages interessiert  
haben, meistens im Traum nicht wiederkommen. Was im Traume  
herrscht, das sind die tausend Nichtigkeiten des Lebens, die zurück-  
gebrängt waren, weil wir Besseres zu tun haben als uns mit ihnen  
zu beschäftigen. Daher kommt es auch, daß der kluge und gebildete  
Mensch ebenso narrrisches und banales Zeug träumt wie der Dum-  
mkopf. Nun kommt es freilich auch vor, daß die Ideen, die einen im  
Wachen beschäftigten, im Schlafe wiederkehren. Aber dann  
haben sie eben nach der Annahme des französischen Gelehrten noch  
genug Kraft behalten, um über die verdrängten Gedanken zu siegen  
und sie an ihrem Aufstraten zu hindern.

So wenig man auch in dieser Hypothese eine endgültige Er-  
klärung des Traumes wird sehen können, so bietet sie doch eine  
Grundlage für die Ausdeutung vieler Traumercheinungen und gibt  
Delage Gelegenheit, das Seelenleben während des Schlafes zu  
erforschen.

Eine Reorganisation der Drebbener Staatstheater ist zwischen  
Staat und Stadt vereinbart worden. Das Kultusministerium bleibt das  
geschäftsführende Ministerium, doch erfolgt künftig die Ausstattung des  
Hausbaldolones für die Staatstheater, die Besetzung der leitenden Stellen  
wird gemeinsam durch Kultusministerium, Finanzministerium und Ober-  
bürgermeister. Die gesamte Leitung der Oper und des Schauspielers wird  
einem Intendanten übertragen, unter dem ein Generalmusikdirektor und  
Schauspielbirektor wirken sollen. Direktor Scheibemann! scheidet in der  
nächsten Spielzeit aus.



# Groß-Berlin

## Kehraus.

### Zur letzten Sitzung im roten Haus.

Die Berliner Sighistoriker-Versammlung hat es nicht fertig gebracht, in Schönheit zu sterben, ja sie ist nicht einmal in Verunstaltung gelangt. Denn das, was sich gestern gegen Schluß der voraussichtlich letzten Sitzung vor den kommenden Neuwahlen um 11 Uhr abends abgespielt hat, ist ein Dokument politischer Unvernunft und Kurzsichtigkeit, wie es nur durch das jammertümliche hand-in-hand-Arbeiten der äußersten Linken mit der äußersten Rechten zustande gebracht werden konnte.

Die Versammlung hatte als letzte Aufgabe, die Steuern auf Autos, Pferde und Kraftdroschken zu verabschieden. Die Kommunisten drohten, die Beschlußfähigkeit des Hauses anzuzweifeln, wenn man auf der Besteuerung von Kraftdroschken bestände. Als aber unsere Fraktion, um wenigstens etwas zustande zu bringen, vorschlug, zum mindesten die anderen ausgesprochenen Zugeständnisse zu verabschieden, bewies die Deutsche Volkspartei die Beschlußfähigkeit des Hauses. So konnten die Steuervorlagen nicht mehr in dieser Schlusssitzung verabschiedet werden und der Stadt ermächtigt durch ein Schlußwort von mindestens zwei Millionen.

Diese Tat politischer Unvernunft erhält noch ein besonderes Gewicht, wenn man sie mit der Frage der Tarifserhöhung der Handarbeiter, die den Hauptteil der Sitzung ausfüllte, zusammenhält. Die Kommunisten, die sich gestern wieder als die besten Freunde der Handarbeiterschaft gebärdeten, haben die Erfüllung ihrer Forderungen gerade dadurch fast unmöglich gemacht, daß sie der Stadt einen Einnahmehausfall von mehreren Millionen verschafft haben, nur weil sie einem kleinen Kreise Wohlhabender die Besteuerung ihrer Autofahrten nicht zumuten wollten. Und die Parteien der Rechten, die die Forderungen der Handarbeiter ablehnen zu müssen behaupteten, weil die Stadt die Mittel hierfür nicht aufbringen könne, haben durch ihre Halsstarrigkeit die Stadt um rund zwei Millionen geschädigt — eine Summe, die allein schon ausgereicht hätte, um eine erhebliche Verbesserung der Tarife zu ermöglichen.

Einen besseren Bemerkens für ihre Unfähigkeit zu einer wirklich fruchtbringenden kommunalpolitischen Betätigung konnten weder die Kommunisten, noch die bürgerlichen Rechtsparteien erbringen.

Der in unserem heutigen Morgenblatt gebrachte Bericht über die Sitzung enthält in seiner Einleitung einen entstellenden Druckfehler. Nicht „Berechnung“, sondern „Bredung des Magistratsrats“ haben die Bürgerlichen in dem Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, die vom Magistrat forderte, mit den streikenden Gutsarbeitern sofort zu verhandeln und ihnen Entgegenkommen zu zeigen.

## Ein leichtfertiger Schütze

Scheint in Spandau in der Gegend der Kuhleberer Straße sein Unwesen zu treiben. Am Sonntag gegen 11 Uhr mittags wurde vor dem Hause Kuhleberer Straße 6 ein 20jähriges Fräulein B. aus Schöneberg von einem Geschos getroffen, so daß an der linken Schulter der Sommermantel zerissen wurde und eine kleine blutende Wunde entstand. Fräulein B. war so erschreckt, daß sie in ihrer Verwirrung in ein benachbartes Haus floh und nicht an sofortige polizeiliche Feststellung des Sachverhalts dachte. Der Besund am Mantel und an der Wunde machen es sehr wahrscheinlich, daß die Verletzung nicht durch einen Steinwurf, sondern durch eine Schusswaffe verursacht worden ist. Da Fräulein B. einen Augenblick vorher eine Bierbelandung gemacht hatte, so kam sie mit einem Streifschuß davon, während sie sonst einen tödlichen Schuß in den Hals erhalten hätte. Um dieselbe Zeit sollen in Kuhleberer Schießübungen stattgefunden haben, so daß man annehmen möchte, es handle sich um eine verirrte Kugel. Es ist aber auch möglich, daß in der Nachbarschaft ein gewissenloser Burleske sich mit einer unterhaltbaren Revolverfischererei die Langeweile verschunden wollte.

## Die Ausbildung in der Wohlfahrtspflege.

Zahlreich waren aus Wilmersdorf, Schmögen und Grunewald die in der Wohlfahrtspflege tätigen Genossinnen und Genossen der von der Ausschuss-Vorsitzenden Genossin Stod ergangenen Einladung gefolgt, um ein Referat der Genossin Juder über „Ausbildung in der Wohlfahrtspflege“ zu hören und durch Aussprache über dies aktuelle Thema sich weiter zu unterrichten.

Die Referentin wandte sich scharf gegen die vom Wohlfahrtsminister vorgeschriebene lange und umständliche Ausbildung für die berufliche Wohlfahrtspflegerin und legte kritisch die Mängel dieser Vorrichtung dar, die es mittellose Mädchen und Frauen aus dem Arbeiterstand unmöglich macht, sich einem Beruf zu widmen, für den sie durch ihre Herkunft aus den Reihen der Hilfsbedürftigen die für ein erfolgreiches Arbeiten gerade auf diesem Gebiet so außerordentlich wertvolle Erfahrung am eignen Leibe mitbringen. Die Referentin gab weiter wertvolle Anregungen, wie auch den für diesen Beruf geeigneten unbemittelten Frauen auf anderem Wege die erforderliche praktische und theoretisch-wissenschaftliche Ausbildung zu ermöglichen sei und fand bei den Versammelten lebhaften Widerhall mit ihren Vorschlägen, zu diesem Zwecke bestehende bewährte Wohlfahrtsheimrichtungen, wie Säuglings-, Mutter- und Kinderheime, Kursvorstellungen verschiedener Art und ähnliche Einrichtungen zu praktisch-theoretischen Lehrstätten zu erweitern, die, ähnlich der Schwesternausbildung in Krankenhäusern, Kliniken usw., die Lernenden unentgeltlich aufnehmen und Unterkunft, Kleidung und entsprechende Geldzuschüsse für die während der Ausbildungszeit zu leistenden Dienste gewähren. Eine solche fast kostenlose berufliche Ausbildung — die natürlich der staatlichen Anerkennung bedarf, um zu behördlichen Stellen zu führen — würde der Wohlfahrtspflege viel wertvolle Kräfte zuführen, deren amtlicher Einfluß von weitgehender Bedeutung für die Verwirklichung der sozialistischen Ideen zu werden vermag.

In Übereinstimmung mit der Versammlung beschloß die Zeitung des Kreisverbandes die bereits vom Hauptauschuß angeregten Bestrebungen für eine diesbezügliche Ergänzung der ministeriellen Vorschriften und staatliche Anerkennung der beschriebenen Berufsausbildung nach Kräften zu unterstützen.

Ein fasscher Oudler hat viele kleine Leute, denen er vorpiegelte, Lebensmittel und Bekleidungsstücke liefern zu können, schwer geschädigt. Die Kriminalpolizei nahm ihn gestern fest und entlarvte ihn als einen 30 Jahre alten aus Köln a. Rh. gebürtigen Bauführer Lorenz Sibel, der wahrscheinlich auch in anderen Großstädten Gestrolchen gegeben hat. Weitere Mitteilungen über sein Auftreten nimmt die Dienststelle B. II. 1a der hiesigen Kriminalpolizei entgegen.

Zur Auflösung des Schloßpazarets Charlottenburg hat der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns gestern eine Verfügung erlassen, in der es heißt: „Bis zum Mittwoch dieser Woche werden die jetzt noch im Pazarett Schloß Charlottenburg sich unbedingterweise aufhaltenden Kranken in anderen Versorgungsanstalten Aufnahme finden. Nach diesem Termin finden dort keine Aufnahmen mehr statt.“ Die Pazarettinsassen, die sich bis dahin nicht gutwillig verlegen lassen, gelten als aus der Versorgung

entlassen und können durch dieses Verhalten nach § 19 des Reichsverpflegungsgesetzes aller weiteren Ansprüche verlustig gehen. Das Pazarett Schloß Charlottenburg ist endgültig aufgelöst, alle Hoffnungen auf eine Zurücknahme dieses Beschlusses sind vergeblich. Wer den Kriegsbeschädigten etwas anderes in Aussicht stellt, täuscht sich. Ich hoffe, daß die Pazarettinsassen sich dem Auflösungsbeschlusse bis Mittwoch gutwillig fügen werden.“

Im Anschluß an diese Mitteilung weisen wir nochmals auf die heute abend 7 Uhr im Bürgercafé des Berliner Rathauses stattfindende Versammlung hin, in der unser Genosse Pfarrer Bieler über diese Angelegenheit sprechen wird.

Sühne für ein Handgranatenverbrechen. Wie erinnerlich, ist seinerzeit auf den Mörder Rohkopf in Spandau ein rajiniert erkranktes Handgranatenverbrechen verurteilt worden. Der Haupttäter, der ehemalige Reichswehrsoldat Adolf Grünfeld, war geflohen, aber durch einen Irrtum wieder erfaßt worden. Nachdem man ihn endlich wieder ergriffen hatte, stand er gestern nebst dem ehemaligen Reichswehrsoldaten Hermann Kanneke und Wilm Ebbede vor dem Schwurgericht des Landgerichts III. — Der Staatsanwalt beantragte das Schuldig wegen versuchten Mordes und Verbrechens gegen das Sprengstoffgesetz bzw. wegen Beihilfe. Rechtsanwalt Dr. W. H. Stern-Charlottenburg beantragte, nur die Schuldfrage wegen versuchten Totschlages bei dem Angeklagten Grünfeld zu bejahen, für die Mitangeklagten jedoch die A.-L. Strafen und Büchse mildernde Gesichtspunkte geltend zu machen. Die Geschworenen entschieden sich im Sinne des Vorliegens eines versuchten Totschlages und einer Verletzung des Sprengstoffgesetzes. Das Gericht erkannte gegen Grünfeld 5 1/2 Jahre Zuchthaus, gegen Kanneke 2 Jahre Zuchthaus, gegen Ebbede 3 Jahre Zuchthaus.

Wartezimmer oder Bierauskunft. Zu der Umwandlung des Wartezimmers auf dem Bahnhof Oranienburg wird uns von unterrichteter Seite noch folgendes geschrieben: „Der Umbau der Wartehalle in eine Bierhalle auf dem Vorkortbahnhof Oranienburg ist um so unerklärlicher, als bekannt ist, daß der Betriebsrat des Bahnhofs bei Inangriffnahme der Umbauarbeiten sofort Einspruch hiergegen erhoben hat und die Arbeiten auch demzufolge einige Wochen ruhen mußten. Warum und wie die Angelegenheit nun doch zugunsten des profitierenden Bahnhofsmanagements entschieden ist, dürfte von größtem Interesse für das geschädigte Reichspublikum sein, das nunmehr gezwungen sein wird, die durch den Pendelverkehr nach Fürstentum bedingte längere Wartezeit infolge des bedeutend vergrößerten Wartezimmers auf dem zugehörigen Bahnsteige zuzubringen.“

Tod durch eine Benzolexplosion. Unter dieser Spitzmarke hatten wir in der Abendausgabe vom Mittwoch über den tragischen Tod des Schmiedemeisters Walter Sad berichtet, der durch unvorsichtiges Pantieren mit einer Zigarette betrunken sein sollte. Der Bruder des Verstorbenen erfuhr und mitteilte, daß die Explosion durch die Gase, die sich beim Schweißen gebildet hatten, hervorgerufen worden sei, auch hätte die Feuerwehr keinen Grund zu lächeln gehabt, ferner sei auch der Sohn des Getöteten nicht verletzt worden.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Postausgabe bei.

## Das Wetter für morgen.

Für Berlin und Umgegend. Etwas wärmer, zeitweise aufkühlend, jedoch überwiegend bewölkt, bei mäßigen nordwestlichen Winden. Keine erheblichen Niederschläge.

## Aus unseren Berliner Kreisen.

In der am 28. Juni abgehaltenen Kreisvertreterversammlung des Kreises Friedrichshagen hielt der Genosse Ed. Bernstein einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über die Erneuerung des Parteiprogramms. Dann wurde beschlossen, dem Parteitag einen Antrag zu unterbreiten, der die Reichstagsfraktion auffordert, nichts unversucht zu lassen, eine Vereinheitlichung und weiteren Ausbau der gesamten Sozialpolitik durchzuführen. Entsprechend einem Vorschlag des Bezirksvorstandes, in jedem Kreis nicht mehr als einen Delegierten zum Parteitag in Vorschlag zu bringen, benannte die Versammlung den Genossen Günther, Obmann des Kreisbildungsausschusses. Von den in einer Konferenz der Funktionärinnen aufgestellten Genossinnen fanden Unterstützung die Genossinnen Wachenheim und Hanna. Mit der Delegation der Genossin Baber, Klipping und Scheinhaber zum Frauentag erklärte sich die Versammlung einverstanden.

Genosse Zetwornski schilderte die furchtbaren Leiden der Oberschlesier. Seiner Bitte um Unterstützung und tätige Mitarbeit am 3. Juli, dem „Allgemeinen Opfertag für Oberschlesien“, stimmte die Versammlung einmütig zu. In den Arbeitsausschuß wurden die Genossen Schulz und Pohlly delegiert. Helfer und Helferinnen für den Kreis Friedrichshagen melden sich am Sonntag, den 3. Juli, im Realgymnasium Kopenstr. 76. Vorkerkungen werden schon am Sonnabend entgegengenommen.

## Gewerkschaftsbewegung

### Drohender Kampf im Rohrlegergewerbe.

Eine gemeinsame Versammlung der Bauklemperer, Rohrleger und Helfer, die am Donnerstag den großen Riemischen Saal bis zum letzten Platz füllte, nahm den Bericht über den Stand der Lohnbewegung entgegen, den der Niederkirchner erstattete. Während die letzten Versammlungen der Arbeitnehmer den am 10. Juni gefällten Schiedsspruch angenommen haben, haben die zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen Arbeitgeberverbände dem Metallarbeiterverbande mitgeteilt, daß sie den Schiedsspruch in der veränderten Form nicht annehmen könnten, aber zur Herbeiführung einer Verständigung über die ihnen nicht annehmbar erscheinenden Punkte bereit seien. Die Verhandlungskommission ist darauf mit der Arbeitgebervertretung zusammen gewesen, um unter ausdrücklicher Ablehnung materieller Verhandlungen, von denen nicht weniger als 13 dem Schiedsspruch vorangegangen sind, die Absichten der Arbeitgeber festzustellen. Es ergab sich, daß die Arbeitgeber unter anderem in folgenden Punkten vom Schiedsspruch abweichen wollen: Statt 6,85 M. soll der Stundenlohn nur 6,50 M. betragen. Nach dem Schiedsspruch gilt der Vertrag als um ein Vierteljahr verlängert, wenn er nicht ein Vierteljahr vor Ablauf gekündigt wird. Die Arbeitgeber wollen, daß er in einem solchen Falle als um ein ganzes Jahr verlängert gelten soll. Der Schiedsspruch sagt, falls während der Vertragsdauer Veränderungen in den Lebensverhältnissen (Teuerungserhöhungen usw.) eintreten, sollen die Parteien von zwei zu zwei Monaten das Recht haben, Veränderungen in den Vereinbarungen einzutreten zu lassen. Die Arbeitgeber wollen, daß gefogt wird, von vier zu vier Monaten. Außerdem sollen noch andere Bestimmungen nach der Absicht der Arbeitgeber Veränderungen erfahren.

Mit dieser Situation hat sich nun die Agitationskommission und die Vertrauensmännertreffen, diese kurz vor der Versammlung, eingehend beschäftigt. Die Vertrauensmännertreffen hat, wie Redner hervorhebt, zum Ausdruck gebracht, daß man keine Lust habe, sich länger von den Arbeitgebern an der Nase herumziehen zu lassen. Wenn es nicht anders geht, werde es zum Kampfe kommen. Darüber wird eine neue gemeinsame Versammlung der Bauklemperer, Rohrleger und Helfer zu entscheiden haben, die am nächsten Donnerstag um 6 1/2 Uhr stattfindet.

Die Diskussion ließ erkennen, daß man ernsthaft mit der Notwendigkeit eines Streiks rechnet. Dabei kommen etwa 3000 bis 4000 Beteiligte in Frage.

Die Versammlung beauftragte durch einen Beschluß die Verhandlungskommission, durch Betragen der Arbeitgebervertreter Klipp und Kar innerhalb der nächsten acht Tage festzustellen, was das

endgültige Angebot der Arbeitgeber ist, damit die Kollegenchaft am nächsten Donnerstag endgültig entscheiden könne. — Inzwischen werden auch noch andere Feststellungen getroffen und die Sanktion der Ortsverwaltung zum eventl. Streik eingeholt.

## Warnung für Arbeitslose!

Der Verwaltungsstelle Berlin des Metallarbeiterverbandes liegen Mitteilungen vor über Geldbeträge, die Arbeitslosen abgenommen worden sind in Höhe von 200 M. resp. 54,50 M. für „bare Auslagen“, für „Inferate“ usw. mit der Zustimmung, daß sie jetzt eine Stellung bekommen. Ihr Geld sind sie los geworden, vielleicht ihre letzten Groschen, aber eine Stellung haben sie nicht bekommen. Also, Augen auf! Benutzt nur die städtischen resp. die paritätischen Arbeitsnachweise.

Wer ist schuld an den Vorkommnissen im Berliner Gewerkschaftshaus? Ausgerechnet der in Moskau so plötzlich bekehrte Schneider Schumacher, der die erste Aktion gegen die Angestellten im Gewerkschaftshaus direkt geleitet hat, referierte in einer Versammlung der „kommunistischen Gewerkschaftsfunktionäre“ am Mittwoch über dieses ebenso merkwürdige als lehrreiche Thema. „Immer wieder mußte betont werden, daß auf all den bedauerlichen Vorkommnissen die provozierende und unzulässige Haltung der Gewerkschaftsbureaucratie die Schuld trage.“

Das ist die kommunistische Agitationsmethode. Die ihnen in den Kram passende Darstellung immer wieder „betonen“ und wenn sie den Stempel der Unwahrheit noch so deutlich an der Stirn trägt. Es gehört dazu weiter nichts als die nötige Unvorsichtigkeit. Mit der größten Gelassenheit sprach Schumacher von seinen früheren Kollegen als den Herren, die sich demaskiert und bedauert hätten, daß sie nichts für die Arbeitslosen tun wollten. Welche Fortschritte muß doch dieser Schumacher im bolschewistischen Katechismus seit seiner „Bekehrung“, gemacht haben, um die Schamlosigkeit aufzubringen, etwas Derartiges zu behaupten! Daß das nicht wahr ist, daß vielmehr die Gewerkschaften tun, was sie irgend können, um der Arbeitslosigkeit zu steuern und den Arbeitslosen zu helfen, weiß jeder Herr ebensowohl wie wir. Aber er ist nun einmal in der Münzstraße angestellt. Er spricht von einem den Kommunisten von der Rot aufgezungenen Kampf (Droht denn Kündigung aus Moskau?) und kündigt an, daß man diesen Kampf ohne die Gewerkschaftsführer und gegen sie führen werden, falls sie sich auch weiterhin weigerten, diesen Kampf mitzumachen. Klischee behauptete, nach Angabe des Restaurateurs seien nur fünf Stühle, 4 Fensterscheiben und 8 Biergläser entzweigegangen. Es ist bezweifelhaft, wenn zur Beurteilung der Vorgänge ein solcher Maßstab angelegt wird. Hoppe hat ersehen, daß dem Kaffee der Asphalture die Brieftasche nicht gestohlen wurde. Wahrscheinlich sei ihm nur die Posttasche aufgerissen worden, wobei dann die Briefstücke herausgefallen sein kann. (Es hat sie dann nur jemand aufgehoben). Endlich ist die ganze Geschichte aufgeklärt und alles in bester Ordnung, bis auf das provozierende Verhalten der — Gewerkschaftsbureaucratie.

Die kommunistischen Gewerkschaftsfunktionäre sind doch tüchtige Kerle!

## Der Potsdamer Straßenbahnerstreik geht weiter.

Eine am Donnerstag abgehaltene Versammlung der Straßenbahner lehnte die Wiederaufnahme der Arbeit mit 141 gegen 24 Stimmen ab und beschloß die Weiterführung des Streiks um die alten Forderungen. Vorher hatten noch Verhandlungen zwischen dem Magistrat und den Vertretern der Streikenden und des Transportarbeiterverbandes stattgefunden, die aber ergebnislos blieben.

Eine „Arbeitsgemeinschaft der preussischen Beamten“ haben die bisher lediglich in Fachgewerkschaften oder in besonderen Berufsverbänden zusammengeschlossenen preussischen Beamten vor kurzem im Rahmen des Deutschen Beamtenbundes gegründet. Die Arbeitsgemeinschaft will die ihr angeschlossenen Mitglieder in allen die Gesamtheit der preussischen Beamten betreffenden Angelegenheiten gegenüber der preussischen Staatsregierung, dem Staatsrat und dem Landtag vertreten; die besonderen Fragen sollen nach wie vor durch die angeschlossenen Organisationen selber behandelt werden.

Die leitenden Angestellten sind der Meinung, daß bei dem Aufbau der Bezirkswirtschaftsräte und des Reichswirtschaftsrates verkannt worden ist, sie zu berücksichtigen. Die Ernennung der Arbeitnehmermitglieder des Reichswirtschaftsrates durch die Zentralarbeitsgemeinschaft raube ihnen jede Möglichkeit, in dieser entscheidenden deutschen Wirtschaftskörperschaft ihre allgemeine Stellungnahme zur Frage der Wirtschaftsräte und die besonderen Forderungen der leitenden Angestellten auf Berücksichtigung bei der Zusammenfassung der Wirtschaftsräte zum Ausdruck zu bringen.

Die Vereinigung der leitenden Angestellten im Handel und Industrie und die Vereinigung von Oberbeamten im Berggewerbe haben daher den zuständigen Instanzen eine Denkschrift eingereicht, in der sie paritätisch zusammengesehte, sachlich gesicherte Kammern auf allen Stufen fordern, Zulassung aller gewerkschaftlichen Arbeitnehmerverbände (falls die Berufsorganisationen Vertretungsbefugnisse in den Wirtschaftsräten erhalten sollen). Schutz der qualifizierten Mitarbeiter und Führergruppen in den Arbeitnehmerräten sowie Berücksichtigung der Dreifachheit in der Arbeitnehmerklasse in Arbeiter, Angestellte und leitende Angestellte durch Unterteilung der Wahlkörper und Kammern.

In Gewerkschaftskreisen herrscht allerdings die Auffassung, daß diese leitenden Angestellten und Oberbeamten ihre Vertretung in den Wirtschaftskörpern auf Arbeitgeberseite finden müßten, da sie die Interessen der Arbeiter und Angestellten nicht vertreten können, weil sie berufsmäßig Unternehmerinteressen zu vertreten haben. Soweit sie jedoch ihre Interessen als Angestellte vertreten wollen, steht ihnen dies ohne weiteres frei, auf dem gleichen Wege wie allen übrigen Angestellten, nämlich durch den Anschluß an die gewerkschaftliche Organisation.

Gewerkschaftskartell Nowawes. Den Lesern der Gewerkschaftsbibliothek zur Kenntnis, daß zwecks Inventur im Monat Juli keine Bücherausgabe stattfindet. Wir ersuchen, am Sonntag alle Bücher zurückzugeben. Der Kartellausschuß.

## Schlussakt des englischen Bergarbeiterstreiks.

Das Komitee des Bergarbeiterbundes tritt heute zusammen, um von der Aufnahme des Abkommens durch die Arbeiterschaft Kenntnis zu nehmen. Wie verlautet, hat die große Mehrheit der Gruben der Wiederaufnahme der Arbeit zugestimmt. Auch in Wales, wo die meisten Extremisten sind. Man hofft, nach der heutigen Sitzung das definitive Abkommen mit den Bergwerksbesitzern unterzeichnen zu können.

Zahlreiche Bergarbeiter haben die Arbeit bereits wieder aufgenommen, ohne die Anweisung des Syndikats abzuwarten.

In der englischen Maschinenindustrie wurde eine Einigung dahin erzielt, daß die Ausperrung aufgehoben wird, damit unter den Mitgliedern der Fachvereinigungen über die Frage der Annahme der neuen Bedingungen abgestimmt werden kann. — Im Helsenbetrieb wird über den Vorschlag der Arbeitgeber verhandelt, wonach der Mindestlohn von 16 Schilling ab 1. Juli und 1. September um je zwei Schilling gekürzt werden soll.

Störung in der japanischen Arbeiterschaft. Infolge der Preisverminderung nehmen die Arbeiterentlassungen und Lohnherabsetzungen und damit die Unruhe in der Arbeiterschaft zu. Vor allem im Schiffsbaubetrieb und in der Metallindustrie in Osaka ist es unruhig. Es sind verschiedene Zusammenstöße vorgekommen.

Bericht, für den behaftet: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; Mr. Kneipen; Dr. Giese, Berlin; Verlag: Sozialistische Zeitung, Nr. 2, Berlin; Druck: Sozialistische Buchdruckerei, Berlin; Verleger: Paul Singer & Co., Berlin; Einzelheft 10 Pf.



